

303 - Bern, den 3. Juli 1972

Verordnungen

Mittwoch 5. Juli 1972

Massnahmen zum Schutze der Währung

- Mindestguthaben auf ausländischen Geldern
- Bewilligungspflicht für die Aufnahme von Geldern im Ausland
- Fremdwährungspositionen der Banken

Finanz- und Zolldepartement. Antrag vom 3. Juli 1972
(Beilage).

Gestützt auf den Antrag des Finanz- und Zolldepartementes und auf die Beratungen hat der Bundesrat

obiger Angelegenheit nach folgende Entwürfe zu unterbreiten.

b e s c h l o s s e n :

Die beiliegenden Entwürfe zu Verordnungen werden genehmigt.

1. Verordnung über die Mindestguthaben auf ausländischen Geldern
Inkrafttreten am 5. Juli 1972 um 1200 Uhr.
2. Verordnung über die Bewilligungspflicht für die Aufnahme von Geldern im Ausland
Inkrafttreten am 5. Juli 1972 um 1200 Uhr.
3. Verordnung über die Fremdwährungspositionen der Banken
Inkrafttreten am 5. Juli 1972.

Protokollauszug an:

- FZD 13 (FV9, SNB4, zum Vollzug)
- EFK 2 (zur Kenntnis)
- Fin.Del. 2 (zur Kenntnis)
- BK (Hb, Br, Sa, zur Kenntnis)

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Salmant



3003 Bern, den 3. Juli 1972

Vertraulich !

An den B u n d e s r a t

Massnahmen zum Schutze der Währung

1. Wie mündlich in Aussicht gestellt, beehren wir uns, Ihnen in obiger Angelegenheit noch folgende Entwürfe zu unterbreiten.

A. Sofortige Inkraftsetzung

Die sofort in Kraft zu setzenden Verordnungen bezwecken, wie die bereits beschlossenen Erlasse, die Abwehr von Geld- und Kapitalzuflüssen aus dem Ausland.

a) Verordnung über die Mindestguthaben auf ausländischen Geldern

Auf Grund der zwischen der Nationalbank und den Banken im August 1971 abgeschlossenen Zusatzvereinbarung über ausserordentliche Mindestguthaben und die Verzinsung ausländischer Gelder werden auf dem Zuwachs der Auslandsgelder schon heute Mindestguthaben (letzter Satz 90 %) erhoben. Zweck der Massnahme ist es, die vom Zufluss ausländischer Gelder herrührende übermässige Liquidität im Bankensystem abzuschöpfen. Dies konnte mit der bisherigen freiwilligen Regelung indessen nicht befriedigend erreicht werden. Die Ursache liegt im wesentlichen darin, dass die Vereinbarung mit den Banken es erlaubt, den Zuwachs an Auslandsgeldern mit einem Zuwachs der Auslandsanlagen der Banken zu kompensieren. Ohne eine Aenderung der Vereinbarung, der die Banken zustimmen müssten, wäre dieser Mangel nicht zu beheben. Ausserdem

erachtet die Nationalbank eine Erhöhung des abzuschöpfenden Betrages als notwendig. Auch soll der Kreis der Banken erweitert werden. Dieses Ziel kann mit einer Verordnung rascher und wirksamer verwirklicht werden.

Die Verordnung verpflichtet die dem Bankengesetz unterstellten Banken und Finanzgesellschaften, deren Bilanzsumme 20 Millionen Franken erreicht, entsprechend dem seit dem Stichtag eingetretenen Zuwachs ihrer ausländischen Gelder bei der Nationalbank unverzinsliche, blockierte Mindestguthaben zu unterhalten (Art. 1 und 6). Als ausländische Gelder gelten in den Bilanzpositionen der Banken enthaltene Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Gläubigern, wie Bankkreditoren auf Sicht und auf Zeit, Kreditoren etc.

Die Höhe der einzuzahlenden Mindestguthaben wird von der Nationalbank monatlich unter Berücksichtigung der Liquidität des Bankensystems festgesetzt und kann bis zu 90 % des Zuwachses an ausländischen Geldern betragen. Dabei kann der Prozentsatz der Mindestguthaben je nach Bilanzposition verschieden angesetzt werden (Art. 4). Wesentlich ist, dass es der Nationalbank zusteht, den seit dem Stichtag eingetretenen Zuwachs der Auslandsanlagen in ausländischer Währung zum Abzug zuzulassen (Art. 5).

b) Verordnung über die Bewilligungspflicht für die Aufnahme von Geldern im Ausland

Die Banken haben sich schon lange darüber beklagt, dass Geldzuflüsse aus dem Ausland, die über das schweizerische Bankensystem geleitet werden, durch die Mindestguthaben erfasst werden, während Kreditaufnahmen anderer schweizerischer Unternehmungen direkt bei ausländischen Banken frei sind. Grösseren und angesehenen schweizerischen Unternehmungen macht es keine Mühe, im Ausland Geld aufzunehmen, z.B. am Euromarkt. Von dieser Möglichkeit wird auch Gebrauch gemacht.- In Deutschland ist die Kredit-

aufnahme im Ausland noch üblicher als bei uns, und die deutschen Behörden haben deshalb versucht, durch das Bardepotgesetz die Geldaufnahme im Ausland unrentabel zu machen.

Die gegenwärtige unsichere Lage lässt es als angezeigt erscheinen, die Aufnahme von Krediten im Ausland durch Nicht-Banken einer Bewilligungspflicht zu unterstellen. Diese Massnahme ist umfassender als das deutsche Bardepot, indem sie gestattet, im Bedarfsfalle die Aufnahme von Krediten im Ausland überhaupt zu verbieten. Diese Lösung ist zugleich flexibel, indem die Bewilligung an Bedingungen geknüpft werden kann, was ermöglicht, den einzelnen Tatbeständen Rechnung zu tragen. Eine anpassungsfähige Regelung ist auch deshalb angezeigt, weil die Verordnung ein Gebiet beschlägt, auf dem wir noch keine Erfahrungen besitzen.

Durch diesen Erlass werden die Aufnahme sowie jede Erneuerung von Krediten aus dem Ausland durch inländische Personen oder Gesellschaften - die ausserhalb des Bankensystems stehen - einer Bewilligungspflicht unterstellt (Art. 1). Unter die Bewilligungspflicht fallen nicht bloss neue, sondern auch bereits gewährte, jedoch zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung noch nicht ausbezahlte Kredite (Art. 7 Abs. 2). Von der Bewilligungspflicht befreit sind Kreditaufnahmen bis zu einer Million Franken, sowie die im Handelsverkehr in Form von üblichen Zahlungsfristen oder Vorschüssen gewährten Kredite (Art. 3).

B. Inkraftsetzung durch Präsidialverfügung

Verordnung über die Fremdwährungspositionen der Banken

Diese Verordnung bezweckt, zu verhindern, dass die Banken für eigene Rechnung gegen den Schweizerfranken spekulieren können, indem sie sich am Markt in Dollars neu verschulden, um diese

Dollars sofort der Nationalbank anzubieten. Durch den Erlass werden die Banken gezwungen, allfällig aufgenommene Dollars noch am gleichen Tag wieder in fremder Währung anzulegen, sodass es ihnen nicht möglich ist, solche Devisen der Nationalbank abzutreten.

EIDG. FINANZ- UND ZOLLDEPARTMENT

Im einzelnen werden die Banken verpflichtet, dafür besorgt zu sein, dass täglich bei Geschäftsschluss das Total der Fremdwährungsverbindlichkeiten durch das Total der Fremdwährungsforderungen gedeckt wird (Art. 1). Ergibt sich ein Ueberschuss an Fremdwährungsverbindlichkeiten, so ist dieser der Nationalbank zu melden (Art. 5).

Diese Verordnung soll nur in Kraft gesetzt werden, sofern es die Umstände erfordern. Gegebenenfalls wäre rasches Handeln unerlässlich. Daher ist es angebracht, den Bundespräsidenten zu ermächtigen, bei Bedarf den Zeitpunkt des Inkrafttretens zu bestimmen.

2. Der Direktor der Eidg. Justizabteilung wurde über den Inhalt vorliegender drei Verordnungen mündlich orientiert.
3. Auf Grund dieser Ausführungen stellt Ihnen das Finanzdepartement im Einvernehmen mit der Nationalbank den

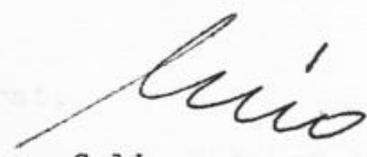
A n t r a g :

- a) Die beiliegenden Verordnungs-Entwürfe, nämlich
 - Verordnung über die Mindestguthaben auf ausländischen Geldern,
 - Verordnung über die Bewilligungspflicht für die Aufnahme von Geldern im Ausland,
 zu genehmigen und sofort in Kraft zu setzen;

- 5 -

- b) die Verordnung über die Fremdwährungspositionen der Banken zu genehmigen und den Bundespräsidenten zu ermächtigen, diese bei Bedarf in Kraft zu setzen.

EIDG. FINANZ- UND ZOLLDEPARTEMENT


 Celio

Beilagen: 3 Verordnungs-Entwürfe
(deutsch u. franz.)

Protokollauszug:

- Bundeskanzlei zum Vollzug
- EFZD 10 (FV 9, Schweiz. Nationalbank, Zürich 1)

V e r o r d n u n g

über die Fremdwährungspositionen der Banken

(Vom

Der Schweizerische Bundesrat,
gestützt auf Artikel 1 des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1971¹⁾
über den Schutz der Währung,

b e s c h l i e s s t :

Art. 1

¹Das Total der Fremdwährungsverbindlichkeiten jeder Bank muss täglich bei Geschäftsschluss durch das Total ihrer Fremdwährungsforderungen gedeckt sein.

²Die Schweizerische Nationalbank kann eine Toleranzmarge festsetzen, um die die Fremdwährungsverbindlichkeiten höher sein dürfen als die Fremdwährungsforderungen.

Art. 2

¹Als Fremdwährungsverbindlichkeiten gelten sämtliche, in den folgenden Bilanzpositionen enthaltenen Verbindlichkeiten in fremder Währung (ohne Rücksicht auf das Domizil des Gläubigers):

- Bankkreditoren auf Sicht und auf Zeit
- Kreditoren auf Sicht
- Kreditoren auf Zeit
- Spareinlagen
- Depositen- und Einlagehefte
- Akzepte und Eigenwechsel

¹⁾AS 1971 1449

- 2 -

²Den Fremdwährungsverbindlichkeiten sind die Devisenterminverkäufe gegen Schweizerfranken zuzuzählen.

Art. 3

¹Als Fremdwährungsforderungen gelten sämtliche, in den folgenden Bilanzpositionen enthaltenen Guthaben in fremder Währung (ohne Rücksicht auf das Domizil des Schuldners):

- Kassa (fremde Sorten)
- Bankdebitoren auf Sicht und auf Zeit
- Wechsel und Geldmarktpapiere
- Kontokorrent-Debitoren (mit und ohne Deckung)
- Feste Vorschüsse und Darlehen (mit und ohne Deckung)
- Kontokorrent-Kredite und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften
- Hypothekaranlagen
- Wertschriften

²Den Fremdwährungsforderungen sind die Devisenterminkäufe gegen Schweizerfranken zuzuzählen.

Art. 4

¹Treuhandgeschäfte in fremder Währung werden nicht in die Berechnung einbezogen.

²Die Fremdwährungspositionen der eigenen Niederlassungen und Tochtergesellschaften im Ausland bleiben ausser Betracht.

³Geschäfte in fremder Währung mit den eigenen Niederlassungen und Tochtergesellschaften im Ausland werden gleich wie Geschäfte mit Dritten behandelt.

- 3 -

Art. 5

Die Banken haben der Nationalbank am Schlusse jedes Tages, an dem sich ein Ueberschuss der Fremdwährungsverbindlichkeiten über die Fremdwährungsforderungen ergibt, auch wenn dieser Ueberschuss sich innerhalb der Toleranzmarge hält, eine Meldung auf vorgeschriebenem Formular zu erstatten.

Art. 6

¹Die Nationalbank kann mit der Kontrolle der Bank eine Treuhandgesellschaft beauftragen. Diese wird von der Nationalbank entschädigt.

²Führt die Ueberprüfung zur Feststellung von Verstössen gegen diese Verordnung oder ist sie durch das Verhalten der Bank veranlasst worden, so hat die Bank der Nationalbank die Revisionskosten zurückzuerstatten.

Art. 7

Diese Verordnung tritt am in Kraft.

Bern, den 5. Juli 1972

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates
Der Bundespräsident:

Celio

Der Bundeskanzler:

Huber

O r d o n n a n c e

concernant

les positions en monnaies étrangères des banques

(Du

Le Conseil fédéral suisse

vu l'article 1^{er} de l'arrêté fédéral sur la sauvegarde
de la monnaie du 8 octobre 1971¹⁾

a r r ê t e :

Article premier

¹Chaque jour, à la clôture, le total des avoirs en monnaies étrangères d'une banque doit couvrir le total de ses engagements en monnaies étrangères.

²La Banque nationale peut fixer une marge de tolérance dans les limites de laquelle les engagements en monnaies étrangères peuvent dépasser les avoirs en monnaies étrangères.

Art. 2

¹Sont considérés comme engagements en monnaies étrangères tous les engagements libellés en monnaie étrangère qui figurent dans les rubriques suivantes du bilan, quel que soit le domicile des créanciers:

1) RO 1971 1446

- 2 -

- engagements en banque à vue et à terme
- créanciers à vue
- créanciers à terme
- dépôts d'épargne
- livrets et carnets de dépôt
- acceptations et billets à ordre.

²Les ventes à terme de devises contre des francs suisses doivent être ajoutées aux engagements en monnaies étrangères.

Art. 3

¹Sont considérés comme avoirs en monnaies étrangères tous les avoirs libellés en monnaies étrangères qui figurent dans les rubriques suivantes du bilan, quel que soit le domicile des débiteurs:

- caisse
- avoirs en banque à vue et à terme
- effets de change et papiers monétaires
- comptes courants débiteurs gagés et en blanc
- avances et prêts à terme gagés et en blanc
- crédits en comptes courants et prêts à des collectivités de droit public
- placements hypothécaires
- titres.

²Les achats à terme de devises contre des francs suisses doivent être ajoutés aux avoirs en monnaies étrangères.

Art. 4

¹Il n'est pas tenu compte des opérations fiduciaires en monnaies étrangères.

- 3 -

²Il n'est pas tenu compte des positions en monnaies étrangères des succursales et filiales de la banque établies à l'étranger.

³Les opérations en monnaies étrangères que font les banques avec leurs propres succursales et filiales à l'étranger sont assimilées à des opérations faites avec des tiers.

Art. 5

Lorsque, à la clôture, les engagements en monnaies étrangères excèdent les avoirs en monnaies étrangères, les banques doivent en informer la Banque nationale au moyen de la formule prescrite, même si le dépassement est compris dans la marge tolérée par la Banque nationale.

Art. 6

¹La Banque nationale peut charger, à ses frais, une société fiduciaire d'effectuer le contrôle.

²Si le contrôle révèle une infraction à la présente ordonnance ou s'il a été ordonné en raison de l'attitude de la banque, celle-ci rembourse à la Banque nationale les frais de la vérification.

Art. 7

La présente ordonnance entre en vigueur le 1972.

Berne, le 5 juillet 1972

Au nom du Conseil fédéral suisse:
Le président de la Confédération,
Celio

Le chancelier de la Confédération,
Huber

V e r o r d n u n g

über die Bewilligungspflicht für die Aufnahme von Geldern
im Ausland

(Vom 5. Juli 1972)

Der Schweizerische Bundesrat,
gestützt auf Artikel 1 des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1971¹⁾
über den Schutz der Währung,

b e s c h l i e s s t :

Art. 1

¹Die Aufnahme von Krediten, in Schweizerfranken oder in ausländischer Währung, durch Personen oder Gesellschaften im Inland bei Personen oder Gesellschaften im Ausland bedarf einer Bewilligung der Schweizerischen Nationalbank. Der Aufnahme von Krediten ist die Entgegennahme von Geldern (Zahlungsmitteln und Guthaben) gleichgestellt, wenn eine Verpflichtung zur Rückzahlung besteht.

²Vor jeder Erneuerung eines zur Rückzahlung fällig gewordenen Kredites aus dem Ausland sowie vor jeder Aenderung der Bedingungen für einen noch nicht zur Rückzahlung fällig gewordenen Kredit (z.B. roll-over-Kredite) ist ebenfalls eine Bewilligung der Nationalbank einzuholen.

³Die Zugehörigkeit zum Inland oder Ausland bestimmt sich bei natürlichen Personen nach dem Wohnsitz im Sinne von Artikel 23 - 26, bei juristischen Personen nach dem Sitz im Sinne von Artikel 56 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches. Das Fürstentum Liechtenstein gilt als Ausland.

⁴Betriebsstätten einer ausländischen Unternehmung in der Schweiz gelten als Inländer, Betriebsstätten einer schweizerischen Unternehmung im Ausland als Ausländer. Gelder, die von einer Betriebsstätte einer anderen Betriebsstätte desselben Unternehmens zur Verfügung gestellt werden, werden als Kredite zwischen selbständigen Unternehmen behandelt.

⁵Diese Verordnung findet keine Anwendung auf Firmen, die dem Bundesgesetz vom 8. November 1934¹⁾ über die Banken und Sparkassen unterstehen.

Art. 2

Geschäfte, die ihrer Ausgestaltung nach nicht unter diese Verordnung fallen, sich jedoch als Umgehung darstellen, sind verboten.

Art. 3

Der Bewilligungspflicht unterliegen nicht:

- a) Kreditaufnahmen desselben Schuldners bis zu einer Million Franken im Laufe eines Jahres, berechnet vom Inkrafttreten dieser Verordnung an;
- b) Kredite, die in direktem Zusammenhang mit Waren- und Dienstleistungsgeschäften in Form von handelsüblichen Zahlungsfristen oder Vorauszahlungen vereinbart werden.

Art. 4

¹Das Bewilligungsgesuch ist vom inländischen Kreditnehmer bei der Schweizerischen Nationalbank, Zürich, schriftlich einzureichen.

²Massgebend für die Beurteilung des Gesuches ist insbesondere die Wirkung der Kreditaufnahme auf den inländischen Geldumlauf.

¹⁾BS 10 337; AS 1971 808

- 3 -

Art. 5

Die Nationalbank erlässt die zum Vollzug notwendigen allgemeinen Weisungen und veröffentlicht sie in Schweizerischen Handelsamtsblatt.

Art. 6

¹Die Nationalbank kann bei allen Personen und Gesellschaften, die unter diese Verordnung fallen oder fallen könnten, Ueberprüfungen durch beauftragte Revisoren oder Revisionsgesellschaften anordnen. Die Kosten der Ueberprüfung trägt die überprüfte Person oder Gesellschaft, wenn ein Verstoss festgestellt wird, in allen übrigen Fällen die Nationalbank.

²Die eidgenössischen Verwaltungsstellen, die von einem Tatbestand Kenntnis erhalten, der einen Verstoss gegen diese Verordnung darstellen könnte, haben der Nationalbank unverzüglich eine schriftliche Mitteilung zu erstatten.

Art. 7

¹Diese Verordnung tritt am 5. Juli 1972, 1200 Uhr, in Kraft.

²Diese Verordnung findet auch Anwendung auf Kredite, die im Zeitpunkt ihres Inkrafttretens noch nicht ausbezahlt sind.

Bern, den 5. Juli 1972
1200 Uhr

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Celio

Der Bundeskanzler:

Huber

O r d o n n a n c e

concernant

l'obligation de solliciter une autorisation pour recueillir des fonds à l'étranger

(Du 5 juillet 1972)

Le Conseil fédéral suisse
vu l'article 1^{er} de l'arrêté fédéral sur la sauvegarde de la monnaie du 8 octobre 1971¹⁾

a r r ê t e :

Article premier

¹ Les personnes ou sociétés domiciliées en Suisse qui désirent obtenir des crédits en francs suisses ou en monnaies étrangères de personnes ou de sociétés domiciliées à l'étranger doivent requérir l'autorisation de la Banque nationale suisse. Les fonds reçus (moyens de paiement et avoirs en compte) sont assimilés à des crédits s'il existe une obligation de rembourser.

² L'autorisation de la Banque nationale est également requise pour renouveler un crédit reçu de l'étranger ou pour modifier les conditions mises à l'octroi d'un crédit (crédit "roll-over" par ex.) dont le remboursement n'est pas encore échu.

1) RO 1971 1446

³L'appartenance suisse ou étrangère se détermine d'après les articles 23 à 26 du code civil suisse en ce qui concerne le domicile des personnes physiques et d'après l'article 56 CC pour le siège des personnes morales. La principauté de Liechtenstein est considérée comme territoire étranger.

⁴Les établissements en Suisse d'une entreprise étrangère sont réputés suisses; les établissements à l'étranger d'une entreprise suisse sont réputés étrangers. Les fonds qu'un établissement met à la disposition d'un autre établissement de la même entreprise sont assimilés à des crédits accordés à une entreprise autonome.

⁵La présente ordonnance ne s'applique pas aux entreprises soumises à la loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne du 8 novembre 1934¹⁾.

Art. 2

Il est interdit de faire des opérations qui, sans tomber sous le coup de la présente ordonnance, servent à l'éluder.

Art. 3

Ne sont pas soumis à autorisation:

- a) les crédits accordés à un même débiteur lorsque le total ne dépasse pas un million de francs par an à compter de l'entrée en vigueur de la présente ordonnance;
- b) les crédits qui sont directement liés à une transaction en marchandises ou à une prestation de services assortie de délais de paiement ou de paiements préalables aux conditions usuelles.

1) RS 10 325; RO 1971 808

- 3 -

Art. 4

¹Les demandes d'autorisation seront adressées par écrit à la Banque nationale suisse à Zurich.

²L'autorisation sera accordée en fonction essentiellement de l'incidence du crédit sur la circulation monétaire dans le pays.

Art. 5

La Banque nationale édicte les principes généraux d'exécution et les publie dans la Feuille officielle suisse du commerce.

Art. 6

¹La Banque nationale peut charger des reviseurs ou des sociétés fiduciaires de procéder à des vérifications auprès des personnes et des sociétés qui sont ou pourraient être assujetties à la présente ordonnance. Les frais de la vérification sont supportés par la personne ou la société contrôlée lorsqu'il y a infraction et par la Banque nationale dans tous les autres cas.

²Les services fédéraux qui ont connaissance de faits qui pourraient constituer une infraction à la présente ordonnance en informeront sans tarder la Banque nationale par écrit.

Art. 7

¹La présente ordonnance entre en vigueur le 5 juillet 1972 à 15 h 00.

²Elle s'applique également aux crédits qui, au moment de son entrée en vigueur, ne sont pas encore utilisés.

Berne, le 5 juillet 1972
1200 h

Au nom du Conseil fédéral suisse:
Le président de la Confédération,

Celio

Le chancelier de la Confédération,

Huber

Art. 1

Die Banken und Finanzgesellschaften, die dem Bundesgesetz vom 5. November 1954 über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz) (in folgenden unter der Überschrift "Banken" zusammengefasst), haben entsprechend dem seit dem Stichtag eingetragenen Zweck ihrer ausländischen Gelder bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft Pfandgut haben zu unterstellen, sofern ihre Bilanzsumme 50 Millionen Franken erreicht.

Maassgebend für die Unterstellung ist die Bilanzsumme, die jeweils am Jahresende, erstmals am 31. Dezember 1971 festzustellen wird.

Art. 2

Als ausländische Gelder im Sinne dieser Verordnung gelten die in den folgenden Bilanzpositionen der Banken enthaltenen, auf Schweizerfranken oder fremde Währung lautenden Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Gläubigern:

- 1) AS 1971 1449
- 2) AS 10 137, AS 1971 808

V e r o r d n u n g

über die Mindestguthaben auf ausländischen Geldern

(Vom 5. Juli 1972)

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf Artikel 1 des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1971¹⁾
über den Schutz der Währung,

b e s c h l i e s s t :

Art. 1

¹Die Banken und Finanzgesellschaften, die dem Bundesgesetz vom 8. November 1934²⁾ über die Banken und Sparkassen unterstehen (im folgenden unter der Bezeichnung "Banken" zusammengefasst), haben entsprechend dem seit dem Stichtag eingetretenen Zuwachs ihrer ausländischen Gelder bei der Schweizerischen Nationalbank Mindestguthaben zu unterhalten, sofern ihre Bilanzsumme 20 Millionen Franken erreicht.

²Massgebend für die Unterstellung ist die Bilanzsumme, die jeweils am Jahresende, erstmals am 31. Dezember 1971, ausgewiesen wird.

Art. 2

¹Als ausländische Gelder im Sinne dieser Verordnung gelten die in den folgenden Bilanzpositionen der Banken enthaltenen, auf Schweizerfranken oder fremde Währung lautenden Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Gläubigern:

1) AS 1971 1449

2) BS 10 337, AS 1971 808

- Bankenkreditoren auf Sicht und auf Zeit,
- Kreditoren auf Sicht,
- Kreditoren auf Zeit,
- Spar-, Depositen- und Einlagehefte sowie ähnliche Konten.

²Die Nationalbank kann auch die Treuhandgeschäfte, die die Bank im Auftrage von Ausländern abschliesst, in die Berechnung der Mindestguthaben einbeziehen.

³Als Ausländer gelten:

- a) natürliche Personen ausländischer Nationalität mit Wohnsitz im Ausland;
- b) juristische Personen und Gesellschaften mit Sitz im Ausland;
- c) natürliche und juristische Personen mit Wohnsitz oder Sitz in der Schweiz, die zum Zwecke der Umgehung dieser Verordnung eingeschaltet werden;
- d) juristische Personen und Gesellschaften, die ausländisch beherrscht sind und im Inland keine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben.

⁴Inländische Betriebsstätten einer ausländischen Unternehmung gelten nicht als Ausländer, wohl aber ausländische Betriebsstätten einer inländischen Unternehmung.

⁵Wohnsitz und Sitz bestimmen sich nach Artikel 23 bis 26 und Artikel 56 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches.¹⁾ Das Fürstentum Liechtenstein gilt als Ausland.

Art. 3

Von den ausländischen Geldern können für die Berechnung der Mindestguthaben in Abzug gebracht werden:

- a) die auf Sparheften und Sparkonti, Depositenheften und Depositenkonti sowie Einlageheften und Einlagekonti bis zum Höchstbetrage von Fr. 50'000.-- pro Einleger vom Stichtag an neu zugeflossenen ausländischen Gelder;

1)SR 210

- b) ausländische Gelder, die zur Deckung der von der Bank übernommenen Akkreditivverpflichtungen oder Garantien oder zur Deckung von Verpflichtungen ihrer ausländischen Korrespondenten dienen;
- c) mit Zustimmung der Nationalbank Zwischenanlagen von Emissionserlösen.

Art. 4

¹Auf dem seit dem Stichtag eingetretenen Zuwachs der ausländischen Gelder können Mindestguthaben bis zu 90 % eingefordert werden. Die Nationalbank setzt den Prozentsatz mit Rücksicht auf die Liquidität des Bankensystems fest.

²Stichtag für die Berechnung des Zuwachses ist der 31. Juli 1971.

³Die Nationalbank kann im Rahmen von Absatz 1 den Prozentsatz der Mindestguthaben nach den Bilanzpositionen verschieden ansetzen oder einzelne Bilanzpositionen von der Belastung mit Mindestguthaben ausnehmen.

Art. 5

Die Nationalbank kann den seit dem Stichtag eingetretenen Zuwachs der Auslandsanlagen in ausländischer Währung ganz oder teilweise zum Abzug zulassen und dabei den Stand der Devisenterminkäufe und -verkäufe gegen Schweizerfranken berücksichtigen.

Art. 6

¹Die Mindestguthaben werden jeden Monat neu berechnet.

²Sie sind auf einem besonderen unverzinslichen Konto "Mindestguthaben Ausland" zu unterhalten.

³Die Banken können über die Mindestguthaben nicht verfügen; die Nationalbank kann jedoch im Einzelfall Ausnahmen bewilligen, wenn besondere Verhältnisse es rechtfertigen.

⁴Die Banken können zulasten ihrer Mindestguthaben mit Zustimmung der Nationalbank bei dieser Dollars kaufen.

Art. 7

¹Die Banken haben der Nationalbank auf den vorgeschriebenen Formularen monatlich den Stand der Auslandsverbindlichkeiten, der Auslandsanlagen sowie der aus dem Ausland entgegengenommenen Treuhandgelder per Ende des Monats zu melden. Sie haben diese Meldungen jeweils bis zum 25. des folgenden Monats zu erstatten und gleichzeitig den Soll-Betrag ihrer Mindestguthaben provisorisch zu berechnen und der Nationalbank einzuzahlen. Ergibt die Meldung einen Rückgang der Mindestguthaben, so werden diese auf den 25. des folgenden Monats frei.

²Die Nationalbank setzt auf Grund der eingegangenen Meldungen den Prozentsatz der Mindestguthaben für den betreffenden Monat definitiv fest und bestimmt den Termin für allfällige Nachzahlungen.

Art. 8

¹Die Nationalbank kann bei den dieser Verordnung unterstehenden Banken Ueberprüfungen durch beauftragte Revisoren oder Revisionsgesellschaften anordnen. Die Kosten der Ueberprüfung trägt die überprüfte Bank, wenn ein Verstoss festgestellt wird, in allen übrigen Fällen die Nationalbank.

²Die bankengesetzlichen Revisionsstellen haben bei ihren Revisionen auch die Einhaltung dieser Verordnung zu prüfen, im Revisionsbericht darzulegen, welche Prüfungen sie im einzelnen vorgenommen haben, und Verstösse der Nationalbank zu melden.

Art. 9

¹Die Nationalbank erhebt von Banken, deren Mindestguthaben den vorgeschriebenen Stand nicht erreichen, für den fehlenden Betrag einen Sonderzins von 3 % über dem jeweiligen Lombardsatz.

²Gegen den Entscheid der Nationalbank ist die Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht gemäss dem 5. Titel des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1943¹⁾ über die Organisation der Bundesrechtspflege zulässig.

³Rechtskräftige Entscheide der Nationalbank stehen vollstreckbaren Gerichtsurteilen im Sinne von Artikel 80 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs²⁾ gleich.

⁴Vorbehalten bleiben die Strafbestimmungen des Bundesbeschlusses über den Schutz der Währung.

Art. 10

¹Diese Verordnung tritt am 5. Juli 1972, 12.00 Uhr, in Kraft.

²Auf Grund dieser Verordnung sind Mindestguthaben erstmals gemäss dem Zuwachs der ausländischen Gelder per 30. Juni 1972 einzuzahlen.

Bern, den 5. Juli 1972

1200 Uhr

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates
Der Bundespräsident:

Celio

Der Bundeskanzler:

Huber

1) SR 173.110

2) SR 281.1

O r d o n n a n c e

concernant

les avoirs minimaux sur les fonds étrangers

(Du 5 juillet 1972)

Le Conseil fédéral suisse

vu l'article 1^{er} de l'arrêté fédéral sur la sauvegarde
de la monnaie du 8 octobre 1971¹⁾

a r r ê t e :

Article premier

¹Les banques et les sociétés financières qui sont
soumises à la loi fédérale du 8 novembre 1934 sur les
banques et les caisses d'épargne²⁾ et qui sont désignées
ci-après sous le nom de banques doivent verser à la
Banque nationale des avoirs minimaux sur l'accroissement
des fonds étrangers enregistré depuis le jour de référé-
rence, pour autant que leur bilan s'élève à 20 millions
de francs au moins.

²Est déterminant le montant du bilan établi à la fin
de chaque année. Le premier bilan pris en considération
est celui du 31 décembre 1971.

1) RO 1971 1446

2) RS 10 325; RO 1971 808

Art. 2

¹Sont considérés comme fonds étrangers, au sens de la présente ordonnance, les engagements envers des créanciers étrangers, qui sont libellés en francs suisses ou en monnaies étrangères et qui figurent dans les rubriques suivantes du bilan:

- engagements en banque à vue et à terme
- créanciers à vue
- créanciers à terme
- dépôts d'épargne, livrets et carnets de dépôt et autres comptes similaires.

²La Banque nationale peut inclure également dans le calcul des avoirs minimaux les opérations fiduciaires que la banque exécute pour le compte d'un étranger.

³Sont considérées comme étrangers:

- a) les personnes physiques de nationalité étrangère qui sont domiciliées à l'étranger;
- b) les personnes morales et les sociétés dont le siège est à l'étranger;
- c) les personnes physiques et les personnes morales dont le domicile ou le siège est en Suisse et qui servent d'intermédiaires dans le but d'éluder la présente ordonnance;
- d) les personnes morales et les sociétés qui sont en mains étrangères et qui n'exercent aucune activité économique en Suisse.

⁴Les établissements en Suisse d'une entreprise étrangère ne sont pas réputés étrangers; les établissements à l'étranger d'une entreprise suisse sont réputés étrangers.

⁵Le domicile et le siège sont régis par les articles 23 à 26 et par l'article 56 du code civil suisse. La Principauté de Liechtenstein est considérée comme territoire étranger.

Art. 3

Les fonds étrangers suivants peuvent être déduits lors du calcul des avoirs minimaux:

- a) les fonds crédités après la date de référence sur des livrets et comptes d'épargne, ainsi que sur des livrets et comptes de dépôt, jusqu'à concurrence de fr. 50'000.-- par déposant;
- b) les fonds étrangers servant de couverture soit à des garanties ou à des engagements documentaires des banques, soit à des engagements de leurs correspondants étrangers;
- c) avec l'accord de la Banque nationale, le placement temporaire du produit des émissions.

Art. 4

¹Les avoirs minimaux peuvent atteindre 90 % de l'accroissement des fonds étrangers enregistré depuis la date de référence. La Banque nationale en fixe le taux, compte tenu de la liquidité du système bancaire.

²La date de référence est le 31 juillet 1971.

³Dans les limites fixées au 1^{er} alinéa, la Banque nationale peut différencier le taux des avoirs minimaux selon les rubriques du bilan ou exclure certaines rubriques lors du calcul de ces avoirs.

Art. 5

La Banque nationale peut autoriser les banques à déduire tout ou partie de l'accroissement de leurs placements en monnaies étrangères à l'étranger qui s'est produit à partir de la date de référence. Elle peut tenir compte, ce faisant, des achats et des ventes à terme de devises contre des francs suisses.

Art. 6

¹Les avoirs minimaux sont calculés à la fin de chaque mois.

²Ils doivent être versés sur un compte spécial "avoirs minimaux étrangers" non productif d'intérêt.

³Les banques ne peuvent disposer de leurs avoirs minimaux. Toutefois, la Banque nationale peut autoriser des exceptions pour de justes motifs.

⁴Les banques peuvent acheter à la Banque nationale, avec l'accord de celle-ci, des dollars contre des avoirs minimaux.

Art. 7

¹Les banques doivent communiquer chaque mois à la Banque nationale, au moyen de la formule prescrite, l'état à la fin du mois de leurs engagements envers l'étranger, de leurs placements à l'étranger et des fonds reçus de l'étranger à titre fiduciaire. Elles doivent remettre ces renseignements jusqu'au 25 du mois suivant. Elles calculent simultanément le montant provisoire des avoirs mini-

maux dus et le versent à la Banque nationale. Si les renseignements font ressortir une diminution des avoirs minimaux, le montant excédentaire est libéré le 25 du mois suivant.

²Se fondant sur les renseignements reçus, la Banque nationale fixe définitivement le taux des avoirs minimaux pour le mois sur lequel portent les renseignements. Elle fixe également un délai pour les éventuels versements supplémentaires.

Art. 8

¹La Banque nationale peut charger des réviseurs ou des sociétés de revision d'effectuer des contrôles dans les banques. Lorsqu'il y a infraction, les frais de la vérification sont supportés par la banque contrôlée, dans les autres cas, par la Banque nationale.

²Lors de leurs vérifications, les organes de revision agréés sont tenus d'examiner également si les dispositions de la présente ordonnance ont été respectées. Ils indiquent dans leur rapport de revision le détail des vérifications. Ils communiquent les infractions éventuelles à la Banque nationale.

Art. 9

¹Lorsque les avoirs minimaux d'une banque n'atteignent pas le montant prescrit, la Banque nationale perçoit un intérêt sur le montant qui fait défaut. Le taux de cet intérêt est supérieur de 3 % au taux des avances sur nantissement.

²Le Tribunal fédéral connaît des recours de droit administratif contre les décisions de la Banque nationale, conformément au titre cinquième de la loi fédérale d'organisation judiciaire du 16 décembre 1943¹⁾.

³Les décisions de la Banque nationale sont assimilées aux jugements exécutoires au sens de l'article 80 de la loi fédérale du 11 avril 1889 sur la poursuite pour dettes et la faillite²⁾.

⁴Sont réservées les dispositions pénales de l'arrêté fédéral sur la sauvegarde de la monnaie.

Art. 10

¹La présente ordonnance entre en vigueur le 5 juillet 1972 à 15 h 00.

²Les avoirs minimaux dus en vertu de la présente ordonnance sont versés, pour la première fois, sur l'accroissement des fonds étrangers au 30 juin 1972.

Berne, le 5 juillet 1972
1200 h

Au nom du Conseil fédéral suisse:
Le président de la Confédération,

Celio

Le chancelier de la Confédération,

Huber

1) RS 3, 521

2) RS 281, 1